

Antrag der FDP-Fraktion

Wir haben in der Fraktion mehrfach über die Frage der Neubenennung der heutigen Scheefstraße beraten und schlagen – bei aller Würdigung der in Vorlage an den Verwaltungsausschuss genannten Persönlichkeiten – vor, die Scheefstraße künftig **nach Fritz Bauer zu benennen**, der sich – nach Rückkehr aus dem dänischen bzw. schwedischen Exil - in seiner Funktion als zunächst Braunschweiger, dann Frankfurter Generalstaatsanwalt in herausragender Art und Weise um die Aufarbeitung des Unrechtsregimes des Nationalsozialismus verdient gemacht hat.

Fritz Bauer ist in Stuttgart geboren und hatte über seine Mutter Ella Hirsch vielfältige Beziehungen nach Tübingen; Ella Hirsch stammte aus der jüdischen Familie Hirsch, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Tübinger Stadtgeschichte präsent war und bis 1938 in der Kronenstraße 6 ein Bekleidungsgeschäft betrieben hatte. Bauer trat früh der SPD bei, studierte in Heidelberg, München und Tübingen Jura, wo er Ende 1924 auch sein erstes juristisches Staatsexamen ablegte. 1933 war Bauer gemeinsam mit Kurt Schumacher und Wilhelm Wirthle (damals Landesvorsitzender des Reichsbanners, nach dem Zweiten Weltkrieg Mitbegründer der Demokratischen Volkspartei in Tübingen) an der Planung eines Generalstreiks beteiligt, die verraten wurde. Alle drei wurden im KZ Heuberg inhaftiert. Nach der Freilassung bereitete Bauer die Emigration nach Dänemark vor.

Nähere Angaben zu Leben und Werk von Fritz Bauer vermittelt die Kurzbiografie von Irmtrud Wojak, die 2009 bei C.H.Beck auch eine ausführliche Biografie veröffentlicht hat, sowie ein Beitrag von Frank Buchsteiner aus der Stuttgarter Zeitung von Juni 2011. Beide Beiträge füge ich bei. Ferner verweise ich auf einen – bei 3sat ausgestrahlten – Dokumentarfilm über Fritz Bauer, der auch über youtube verfügbar ist.

Sicher sind unter seither von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Persönlichkeiten mit einem stärkeren Tübinger Bezug. Dennoch würden wir es begrüßen, wenn sich der Vorschlag Fritz Bauer Zustimmung findet, weil dieser Name – neben den durchaus vorhandenen Tübinger Bezügen – vor allem für eine beispielhafte Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime des Nationalsozialismus steht, die es verdient, immer wieder in Erinnerung gerufen zu werden. Der Prozess gegen den früheren Generalmajor Remer in Braunschweig und die Frankfurter Auschwitz-Prozesse seien beispielhaft genannt.

Ich bin dankbar, wenn mein Schreiben und die beiden Anlagen morgen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses aufgelegt werden.

Mit freundlichem Gruß
Dietmar Schöning

Fritz Bauer - Stationen eines Lebens

Dr. Irmtrud Wojak

Lebensweg und -werk Fritz Bauers wurden von zwei Weltkriegen geprägt: Als Student in Heidelberg, München und Tübingen gehörte er zur Nachkriegsjugend des Ersten Weltkriegs, die in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik den Weg in ein aktives Berufsleben suchte. Als Remigrant, der als rassistisch und politisch Verfolgter des NS-Regimes 1936 nach Dänemark und 1943 mit den dänischen Juden nach Schweden flüchten mußte, zählte er nach 1949 zu der Minderheit politischer Flüchtlinge, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der westdeutschen Nachkriegsjustiz am Neuaufbau eines demokratischen Rechtsstaats beteiligt waren.

Fritz Bauer wurde am 16. Juli 1903 als Sohn des Textilgroßhändlers Ludwig Bauer und dessen Ehefrau Ella, geborene Hirsch, in Stuttgart geboren. Sein Großvater mütterlicherseits, Gustav Hirsch, wurde 1848 als siebtes Kind von Leopold und Therese Hirsch in Wankheim geboren. Er stammte aus einem streng orthodoxen Elternhaus.

Leopold Hirsch, Altwarenhändler und Kaufmann, seit 1837 Vorsteher der Jüdischen Gemeinde, beantragte als erster seit der Vertreibung der Tübinger Juden in der Mitte des 15. Jahrhunderts die Aufnahme in den Tübinger Bürgerverband. Sein erfolgreicher Rechtsstreit wurde zum Präzedenzfall und Leopold Hirsch zum Vorreiter der Emanzipation in Württemberg.

Gustav Hirsch ist es erspart geblieben, die Emigration seiner Tochter Ella, die 1902 den Kaufmann Ludwig Bauer in Stuttgart heiratete, und seiner Enkelkinder Margot und Fritz Bauer zu erleben. Die Familie väterlicherseits spiegelt ebenso die Geschichte einer angestrebten, letztlich gescheiterten deutsch-jüdischen Assimilation. Ludwig Bauer, freiwilliger Grenadier des Regiments Königin Olga 1894/95, Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 und seit 1935 Ehrenkreuzträger, war mit seinen beiden Brüdern Besitzer einer Textilwarenhandlung in der Stuttgarter Innenstadt, die ebenso wie das eigene Haus - und das Tübinger Geschäft - 1938 unter Wert verkauft werden mußten. Ludwig und Ella Bauer emigrierten nach Dänemark.

Von 1912 bis 1921 besuchte Fritz Bauer das Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart und begann nach dem Abitur ein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Heidelberg, München und Tübingen. Im Dezember 1924 legte er seine erste Juristische Staatsprüfung in Tübingen ab, trat im selben Monat sein Referendariat an und promovierte 1925 bei Karl Geiler in Heidelberg zum Dr. jur. mit einer Dissertation über "Die rechtliche Struktur der Truste".

Begeistert las der Student Fritz Bauer in den Wäldern rings um das Heidelberger Schloß Gustav Radbruchs 1910 erschienene Einführung in die Rechtswissenschaft und machte dicke Unterstreichungen: "Der Neigung zur Reglementierung und Rationalisierung ein Gegengewicht zu bieten, ist die historische Aufgabe des Juristen aus Freiheitssinn, vom Amtsrichter, der Übergriffe der polizeilichen Verordnungsgewalt als solche kennzeichnet, bis zum Verteidiger, der die Kunst gegen unzüchtige Richter schützt. Diese Juristen sind die Vorposten des Rechtsstaats gegen unseren angeborenen Hang zum Polizeistaat." "Ich habe gewußt, wohin ich gehören möchte", kommentierte Fritz Bauer später seine Erinnerungen. Die Verbindung von juristischer, auch richterlicher Tätigkeit betrachtete er schon in seiner Jugend als selbstverständlich. Im Februar 1928 legte er seine zweite Juristische Staatsprüfung ab, wurde Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Stuttgart und schließlich im April 1930 beim Amtsgericht Stuttgart jüngster Amtsrichter Deutschlands. Fritz Bauer war Mitbegründer des Republikanischen Richterbunds in Württemberg, 1930 wurde er Vorsitzender der Ortsgruppe Stuttgart des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold".

Im April 1933 wurde Fritz Bauer aufgrund seiner politischen Aktivitäten von der Gestapo verhaftet, in

das KZ Heuberg und später in die Ulmer Strafanstalt verbracht, und erst Ende 1933 wieder entlassen. Er mußte 1936 nach Dänemark flüchten, wo er in Kopenhagen - wie auch 1943 im Exil in Schweden - in politischen Exilkreisen aktiv wurde. Gemeinsam mit Willy Brandt gründete er in Schweden die Sozialistische Tribüne als theoretisches Organ der sozialdemokratischen Partei im Exil. Von 1945 bis 1949 kehrte Fritz Bauer nach Dänemark zurück, wo er vorübergehend in der Wirtschafts- und Finanzverwaltung und vor allem in der Redaktion der Flüchtlingszeitung Deutsche Nachrichten tätig war.

Die Rückkehr nach Deutschland fiel Fritz Bauer nicht leicht, doch in Dänemark fand er keine seinem juristischen und wirtschaftswissenschaftlichem Format angemessene Stellung. Drei Jahre bemühte er sich um eine Rückkehr, bis er 1949 zum Landgerichtsdirektor, dann zum Generalstaatsanwalt in Braunschweig berufen wurde. In der SPD und Gewerkschaftskreisen wurde er zu einer bedeutenden Gestalt und war Mitglied der "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" und des "Rechtspolitischen Ausschusses" sowie Mitherausgeber der theoretischen Zeitschrift der SPD Die neue Gesellschaft. In Frankfurt am Main zählte er zu den Mitbegründern des Ortsverbandes der "Humanistischen Union". Der Hessische Ministerpräsident Georg August Zinn rief Fritz Bauer 1956 als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt am Main, wo er bis zu seinem plötzlichen Tod im Jahr 1968 lebte.

Fritz Bauer machte die Gedankenwelt des republikanischen Rechtsdenkens von Weimar, das er in der Emigration im Kampf gegen das NS-Regime aufrecht erhielt, für den Aufbau einer demokratischen Ordnung fruchtbar. Die Verfahren gegen die nationalsozialistischen Verbrecher waren für ihn Prüfsteine der Herausbildung eines neuen Rechtsbewußtseins, verbunden mit der Aufforderung an die Gesellschaft zur Selbstaufklärung. Wie kaum ein anderer trieb er die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes voran. Zahlreiche Bücher und Aufsätze dokumentieren vor allem sein Engagement für die Begründung einer neuen Rechtsauffassung innerhalb der deutschen Nachkriegsjustiz der 50er und 60er Jahre. Die NS-Prozesse waren für ihn Bestandteile eines demokratischen Neubeginns, wobei die normative Abgrenzung vom NS-Unrechtsstaat verbunden war mit einer systematischen Interpretation des Widerstandsrechts und der Widerstandspflicht eines jeden gegenüber diktatorischer Staatsgewalt. Diese Auffassung vertrat er nicht nur in seinem Plädoyer im "Remer-Prozeß" von 1952, sondern ebenso hinsichtlich der Beteiligung der deutschen Justiz an der NS-Euthanasie und der Täterschaft bei den Morden der Einsatzgruppen und in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Mit dem "Remer-Prozeß", der in der bundesdeutschen Öffentlichkeit starke Resonanz fand, brachte er den spektakulärsten Prozeß zur Wiederherstellung der Integrität der Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime in Gang.

Fritz Bauer plädierte für die Anerkennung formaler Demokratieprinzipien, für eine umfassende Reform des Strafrechts und Strafvollzugs. Bei der Bewertung der Gewaltverbrechen in den Konzentrationslagern insistierte er, daß der Begriff des gesetzlichen Unrechts nicht nur die objektive Seite des Tatgeschehens bezeichnete, sondern auch die subjektive Tatseite einschließen müsse, indem er fragte: "Sind diejenigen, die in Auschwitz waren, dabeigewesen, weil sie selber Nazis waren oder nicht?" Aus seiner Sicht mußte "die Bejahung des durch keinen Gesetzgeber antastbaren Kernbereichs des Rechts - ein Minimum an Menschenrechten wie das Recht auf Leben" auch die Bejahung eines "Kernbereichs an Rechts- und Unrechtsbewußtsein bei einem jeden nach sich ziehen". Diese Sicht stand im Gegensatz zur Tendenz der zeitgenössischen Rechtsprechung, die Einsatzgruppenführer, administrative Leiter von Konzentrationslagern und am Anstaltsmord beteiligte Ärzte, das ausführende Personal der Vernichtungslager als bloße Gehilfen in einem ihnen fremden Geschehen zu qualifizieren.

Neben zahlreichen anderen Nachforschungen übernahm die Dienststelle Fritz Bauers 1959 die Ermittlungen gegen den "Euthanasie"-Professor Werner Heyde, dem die Ermordung von 100.000 behinderten und kranken Menschen angelastet wurde. Im Jahr 1960, die Vorbereitungen zum

Auschwitz-Prozeß hatten bereits begonnen, wurde auf seinen Hinweis Adolf Eichmann in Argentinien gefaßt und vom israelischen Geheimdienst nach Jerusalem gebracht. Ein Ermittlungsverfahren gegen Staatssekretär Globke im Bonner Bundeskanzleramt, Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, gegen den Beschuldigungen erhoben worden waren, an NS-Verbrechen in Griechenland beteiligt gewesen zu sein, brachte Fritz Bauer Kritik der Medien und der hessischen CDU ein, die sich wiederholen sollte. Man warf ihm eine Politisierung der Justiz vor; aber die hessische Landesregierung wehrte die Kritik ab und stellte sich hinter den Generalstaatsanwalt. So auch kurz vor der Eröffnung des Auschwitz-Prozesses. [...]

Der Auschwitz-Prozeß war eines der wichtigsten Anliegen Fritz Bauers. Im Februar 1959 stellte er den Antrag, der Bundesgerichtshof möge die Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt am Main für alle in Auschwitz begangenen Straftaten begründen. Am 20. Dezember 1963 begann im Frankfurter Römer das Auschwitz-Verfahren "gegen Mulka und andere". Unter den Augen von allein 20 000 Zuschauern im Gerichtssaal kam das in Auschwitz geschehene akribisch genau zur Sprache und fand in den Medien, in Ausstellungen und auf der Bühne in Peter Weiss' Oratorium Die Ermittlung seinen Niederschlag. Erstmals gewann die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Deutschland eine öffentliche Dimension.

Der Auschwitz-Prozeß war noch nicht abgeschlossen, als die Voruntersuchung für einen neuen Prozeß begann, der sich gegen die Teilnehmer einer reichsweiten Justizkonferenz von 1941, die juristischen Erfüllungsgehilfen der "Euthanasie"-Morde richten sollte. Geplant war ein exemplarischer Prozeß gegen die in die Verbrechen verstrickte Justiz - doch der Prozeß fand nie statt. Zwei Jahre nach Fritz Bauers Tod wurde das Verfahren gegen die Justizelite wegen Beihilfe zum Anstaltsmord eingestellt, ohne daß eine Auseinandersetzung mit der Anklageschrift Fritz Bauers stattgefunden hätte. Die NS-Verbrecherprozesse hatten für Fritz Bauer über die Selbstaufklärung der Gesellschaft hinaus einen demokratischen Sinn: Ihre entscheidende Lehre bestand in der Bereitschaft zu einem eindeutigen Nein gegenüber staatlichem Unrecht. In der Wahrnehmung des Widerstandes bestand für ihn die andere Handlungsmöglichkeit - im Gegensatz zu der Auffassung, die Individuen seien im NS-System zu willenlosen Rädchen einer ihnen äußerlichen Vernichtungsmaschinerie herabgesetzt worden. Die innere Beziehung von Unrechtsstaat und Widerstandsrecht arbeitete er in seinem Plädoyer im Remer-Prozeß heraus: Gruppen der Arbeiterbewegung, der bekennenden Kirche, einzelne Vertreter der katholischen Kirche, der Bürokratie und der Wehrmacht hatten sie wahrgenommen. Fritz Bauer betrachtete dieses oppositionelle Handeln gegen den Unrechtsstaat als einen den demokratischen Rechtsstaat konstituierenden Akt. In der bundesrepublikanischen Justiz der 50er und frühen 60er Jahre machte dieses Rechtsdenken ihn zum Außenseiter. Zweifellos gilt es heute, die innerjuristischen und gesellschaftlichen Geltungs- und Blockierungsbedingungen eines humanen Rechts in den Blick zu nehmen, die dem Anliegen Fritz Bauers enge Grenzen setzten.

Fritz Bauer starb in der Nacht vom 30. 6. auf den 1.7. 1968 in seiner Wohnung in Frankfurt/Main.

Dr. Irmtrud Wojak

Laut Obduktionsbericht hatte der renommierteste Naziankläger der Republik zum Todeszeitpunkt 1,1 Promille Alkohol im Blut und fünf Schlaftabletten im Bauch. "Keine Anzeichen von Ertrinken, Hände gefaltet, Beine angewinkelt", notiert der Gerichtsmediziner.

Sein letztes Lebenszeichen hinterlässt Fritz Bauer am 29. Juni 1968. An der Universität Karlsruhe hält er einen Vortrag zum Thema: Wie können die Deutschen ihre Vergangenheit verarbeiten? Etwa 50 Menschen sind im Saal, überwiegend Studenten, aber auch Christof Müller-Wirth. Der Verleger juristischer Fachliteratur ist dem Staatsanwalt Bauer mehrfach begegnet. Nach der Veranstaltung lädt er ihn zu einem Gespräch ins Café des Schlosshotels ein. Es wird ein kurzweiliger Abend.

Bauer erzählt, wie er zur Ergreifung des NS-Schwerverbrechers Adolf Eichmann beigetragen hat. Er berichtet, dass er den Leiter von Hitlers Euthanasie-Zentrale, Werner Heyde, im Gefängnis besucht habe, und der skrupellose Mediziner keinerlei Reue gezeigt habe. Bauer erwähnt Drohanrufe, die er regelmäßig bekomme: "Judenschwein, verrecke!", bellten Unbekannte ins Telefon. "Das muss ich hinnehmen", sagt er, "sonst könnte ich ja gleich aufgeben." Als letzte Gäste verlassen die beiden Männer weit nach Mitternacht das Lokal. Christof Müller-Wirth reicht Fritz Bauer die Hand; er kann in diesem Moment nicht ahnen, dass es ein Abschied für immer ist.

Ein kettenrauchender Linksintellektueller

Fritz Bauers Leben beginnt am 16. Juli 1903 in Stuttgart. Sein Vater ist der jüdische Kaufmann Ludwig Bauer. Seine Mutter Ella Bauer, geborene Hirsch, stammt aus Tübingen; der Hegel-Hölderlin-Geist der Universitätsstadt inspiriert Fritz Bauer stark, wie er später schreibt: "Wenn ich in mich horchte, rückwärts schaute, stets standen Tübingen, der betriebsame Markt mit Duft und Lärm, die idyllische Stille der Alleen, der Humanismus der Aula vor mir." Sein Alltag spielt sich jedoch in Stuttgart ab. Der Vater hat einen Textilladen in der Seestraße, die geräumige Mietwohnung der Familie liegt unterhalb des Killesbergs in der Wiederholdstraße. Ein gutbürgerliches Milieu.

Fritz Bauer ist ein exzellenter Schüler, in seinem Abiturzeugnis des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums steht unter der Rubrik "künftiger Beruf": Rechts- und Staatswissenschaft. Am 9. Dezember 1924 legt der Jurastudent Bauer an der Tübinger Eberhard-Karls-Universität das erste Staatsexamen ab; ein Jahr später erhält er seine Promotionsurkunde. Er entscheidet sich "zu Gunsten einer strafrichterlichen und politisch aktiven Betätigung" gegen eine akademische Karriere.

Im April 1930 wird Dr. jur. Fritz Bauer zu Deutschlands jüngstem Amtsrichter ernannt. Er tritt dem demokratisch gesinnten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der SPD bei, hält im Club der Jungsozialisten Reden und trifft sich regelmäßig im Schlossgartencafé mit Kurt Schumacher, dem politischen Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht" und späteren SPD-Vorsitzenden. Der Richter Fritz Bauer ist ein kettenrauchender Linksintellektueller.

Als Hitler die Macht im Staate übernimmt, will Bauer gemeinsam mit Kurt Schumacher und dem Reichsbanner-Leiter Wilhelm Wirthle einen Generalstreik organisieren. Das Trio wird verpöffelt. "Nach einer Mitteilung, die vom Polizeipräsidium bestätigt wird, ist am Donnerstag der Stuttgarter Amtsrichter Dr. Bauer in Schutzhaft genommen worden." So berichtet die "Feuerbacher Zeitung" am 24. März 1933. Fritz Bauer wird auf die Schwäbische Alb verfrachtet und im Konzentrationslager Heuberg weggesperrt. Nach acht Monaten kommt er frei, doch als Jurist kann er in Deutschland nicht mehr arbeiten. Noch einige Zeit harrt Bauer in Stuttgart aus, erlebt mit, wie die Judenverfolgung zunimmt. Schließlich flieht er ins dänische Exil.

Nach dem Krieg klagt Bauer in einem Brief an Kurt Schumacher über sein "schwäbisches Heimweh". 1949 holt der SPD-Parteivorsitzende seinen Genossen nach Deutschland zurück, allerdings nicht nach Stuttgart oder Tübingen, sondern nach Braunschweig. Fritz Bauer wird Generalstaatsanwalt, sein einsamer Kampf gegen die Ewiggestrigen beginnt.

Der Ludwigsburger Karl Moersch, 85, ist ein Zeuge dieser Zeit. Moersch und Bauer sind sich niemals begegnet. Dennoch verbindet die beiden eine Geschichte: Unter der Überschrift "Zentrale Ermittlung" erscheint am 17. September 1958 in der liberalen Zeitschrift "Die Gegenwart" ein zweiseitiges Essay. Darin greift der Autor, Jungredakteur Moersch, die Forderung des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer nach einer deutschen Behörde auf, die in aller Welt Daten und Fakten über Nazitäter sammelt und Ermittlungen einleitet. Der württembergische Justizminister Wolfgang Haussmann (FDP) liest den Artikel und handelt: Am 1. Dezember 1958 nimmt die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg ihre Arbeit auf. "Ihr geistiger Vater ist Fritz Bauer", sagt Moersch.

"In der Justiz lebe ich wie im Exil"

Fritz Bauer ist ein Moralist mit Robe, Ethik ist für ihn wichtiger als Gesetze. In seinem Plädoyer gegen den Ex-Generalmajor Otto Ernst Remer, der die Widerstandskämpfer gegen Hitler des Hochverrats bezichtigt hat, erklärt er 1952: "Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig." Remer wird wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt - ein Sonderfall in der Nachkriegsrechtsprechung. Die "Süddeutsche Zeitung" erkennt in Bauer ein "rares schöpferisches Element in unserer Gesellschaft".

Es ist die Zeit, als Hans Globke das Bundeskanzleramt leitet, ein Mann, der als Kommentator der Nürnberger Rassegesetze die nationalsozialistische Menschenvernichtungsmaschine befeuert hatte. Es ist die Zeit, als der ehemalige Marinerichter Hans Filbinger ungehindert zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten aufsteigen kann. Es ist die Zeit, in der die allermeisten Gerichte den Eid auf Hitler als Entschuldigung für zurückliegende Schandtaten gelten lassen. "Befehlsnotstand" lautet das Zauberwort, dem regelmäßig ein Freispruch folgt. Kaum jemand muss befürchten, sich für braune Flecken im Lebenslauf verantworten zu müssen.

In diesem Umfeld steht Fritz Bauer mit seinem unbändigen Willen, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen. "In der Justiz lebe ich wie im Exil", sagt er. Und: "Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland." Zwei Jungfaschisten wollen ihn ermorden, ihr Plan fliegt auf. Fritz Bauer schafft sich eine Pistole an.

1956 wird der hartnäckige Naziverfolger vom hessischen SPD-Ministerpräsidenten Georg August Zinn nach Frankfurt berufen. September '57 erhält Bauer einen Brief aus Argentinien. Absender ist Lothar Hermann, ein deutscher Jude, der im KZ Dachau inhaftiert und später nach Südamerika emigriert war. Hermann schreibt, er habe Adolf Eichmann in Buenos Aires identifiziert, jenen Hitler-Schergen, der im Dritten Reich für die Judenvernichtung zuständig war. Er traue der deutschen Botschaft nicht, zu offensichtlich schütze sie die geflohenen Altnazis. Hermann nennt den Aufenthaltsort des Kriegsverbrechers: Calle Chacabuco Nr.4261, Olivos, Distrikt Vicente Lopes.

Der Generalstaatsanwalt Bauer missachtet den Dienstweg. Er lässt das Auswärtige Amt, die Bundespolizei und die deutsche Justiz außen vor; lediglich den hessischen Ministerpräsidenten Zinn weiht er ein. Zu groß ist die Gefahr, dass Eichmann von früheren SS-Kameraden gewarnt wird. Bauer sieht nur einen Weg, wie er den Cheforganisator des Holocaust zur Strecke bringen kann: Er reist nach Israel und informiert den Geheimdienst Mossad.

Heute weiß man, dass Fritz Bauer die Situation richtig eingeschätzt hat. Dokumente, die bis 2006 verschlossen im amerikanischen Nationalarchiv lagen, belegen, dass der Bundesnachrichtendienst und die CIA Adolf Eichmanns Aufenthaltsort kannten - und nichts unternahm. Eine antikommunistische Abwehrfront war den westlichen Verbündeten im Kalten Krieg wichtiger als die Ergreifung eines faschistischen Massenmörders.

Bauer initiiert den Auschwitz-Prozess

Zwei Jahre lang wird Eichmann von israelischen Agenten beschattet. Unter einem Pseudonym arbeitet der ehemalige Juden-Endlöser bei Mercedes-Benz in Buenos Aires. In einem Vorort hat er ein Haus nach eigenen Plänen errichtet, seine Frau und seine Kinder zu sich geholt. Er lebt unbehelligt - bis ihn der Mossad überwältigt, als er gerade in einen Bus steigen will. Eichmann wird aus Argentinien verschleppt und in Israel vor Gericht stellt.

Es ist das erste Verfahren gegen einen NS-Täter, bei dem die Opfer im Mittelpunkt stehen. Männer und Frauen, denen bis dahin niemand Beachtung geschenkt hat, berichten der Welt, wie sie unter menschenunwürdigen Bedingungen überlebten, nicht selten als die einzigen Angehörigen ihrer Familien. Schließlich wird Eichmann in Jerusalem gehängt. Ausgerechnet Fritz Bauer, ein erklärter Gegner der Todesstrafe, hat ihn an den Strang geliefert.

Konsequent ignoriert der hessische Generalstaatsanwalt den in der Bundesrepublik weit verbreiteten Wunsch, die alten Geschichten endlich ruhen zu lassen. Bauer initiiert den Auschwitz-Prozess: 20 Angeklagte, 21 Nebenkläger, 356 Zeugen. Als nach 182 Verhandlungstagen am 20. August 1965 am Frankfurter Schwurgericht das Urteil verkündet wird - lebenslängliche Zuchthausstrafen sowie Freiheitsstrafen zwischen 13 und 14 Jahren -, hat Bauer den Opfern späte Gerechtigkeit verschafft und sich selbst noch mehr braune Feinde.

In jenen Tagen freundet sich der Schauspielschüler Wolfgang Kaven mit dem Rechtsgelehrten Fritz Bauer an. Die beiden ungleichen Männer wohnen Tür an Tür, Feldbergstraße 44 und 46, direkt gegenüber dem Frankfurter Palmengarten. Bauer spricht über sein geistiges Vorbild Schiller, den zornigen schwäbischen Dichter, und der junge Kaven taucht dankbar in die humanistische Gedankenwelt seines Nachbarn ein. Als Kaven am Stadttheater in Gießen die erste große Rolle spielt, den Jesuitenpater Riccardo Fontana in Hochhuths Holocaust-Drama "Der Stellvertreter", sitzt Bauer im Publikum.

Nun ist Wolfgang Kaven 71. Er lebt mit seiner Frau und zwei Mischlingshunden in einem Dorf im Wendland und sagt: "Ich bin froh, dass ich Fritz Bauer kennenlernen durfte." Sein großer Intellekt, sein aufbrausendes Temperament, seine Skepsis gegenüber Autoritäten - "all das habe ich bewundert". Was wäre, wenn Bauer heute leben würde? Kaven lacht: "Ein Freund von Mappus und Konsorten wäre er jedenfalls nicht." Bauers Vermächtnis? "Sein Kampf gegen den Faschismus war beispiellos, er hat sich aber auch als einer der Ersten für die Resozialisierung von Häftlingen eingesetzt. Einen Juristen wie diesen wird es in diesem Land nicht mehr geben."

Christof Müller-Wirth sitzt im Wohnzimmer seiner Karlsruher Altbauwohnung. Vom Sofa aus blickt er, wie man das bei einem früheren Verleger erwartet, auf Tausende Buchrücken. Wie war das damals, in der Nacht zum 30. Juni 1968? "Fritz Bauer hat an diesem Abend wie immer sehr viel geraucht, filterlose Roth-Händle, aber kaum Alkohol getrunken", erzählt Müller-Wirth. "Er wirkte weder müde noch krank. Ich ärgere mich, dass ich ihn beim Abschied nicht gefragt habe, wie er zurück nach Frankfurt kommt." Alles, was in den folgenden Stunden geschah, liegt im Dunkeln.

Vermutlich Suizid oder ein Unglücksfall

Man findet Bauers Leichnam am Morgen des 1. Juli 1968 in der Badewanne seiner Privatwohnung im Frankfurter Westend. Der Gerichtsmediziner notiert "Todeszeit Nacht 29./30.6.1968 (Samstag auf Sonntag). Mageninhalt lässt auf Einnahme von 5 Tabletten Revonal schließen (Einschlafmittel). Keine motorische Erregung oder Krämpfe, was eigentlich Revonal verursacht". Trotz dieses offensichtlichen Widerspruchs lautet das Ergebnis der Autopsie: vermutlich Suizid oder ein Unglücksfall.

Fritz Bauers Wohnung wird komplett ausgeräumt. Die Polizei geht vagen Hinweisen nach und recherchiert im Frankfurter Schwulenmilieu. Ohne Erkenntnis. Niemand kommt auf den Gedanken, Christof Müller-Wirth zu befragen, jenen Zeugen, der Fritz Bauer vermutlich zum letzten Mal lebend gesehen hat.

Posthum gibt Müller-Wirth einen Aufsatz von Fritz Bauer heraus: "Im Kampf um des Menschen Rechte". Darin berichtet Bauer, wie er bereits als Kind in Stuttgart von seinen Mitschülern diskriminiert wurde: "Du und deine Eltern, Ihr habt Jesu umgebracht." Er beleuchtet die Gesellschaft ("Die Industrialisierung unserer Zeit schafft ein Netz von Abhängigkeiten, in dem wir oft vergeblich nach Luft schnappen") und seine eigene Rolle: "Der Jurist weiß, daß jedes Gesetz unvermeidbar Lücken hat, er muß sie schließen. Seine schöpferische Entscheidung ist notwendig von seinem Rechtsgefühl diktiert, das einmalig wie alles Menschliche ist, sie ist undenkbar ohne sein Bild von Staat und Einzelnen, von Freiheit und Gleichheit, Krieg und Frieden. Der Jurist, der dies leugnet, sich etwa einbildet, seine Urteile seien frei von diesen Erdenresten unvermeidlicher Subjektivität, betrügt sich selbst und andere." Die Abhandlung endet mit dem Satz: "Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, daß sie nicht zur Hölle wird."

Millionen solcher weisen Worte hat Fritz Bauer hinterlassen. "Wäre ich noch Verleger", sagt der Privatier Christof Müller-Wirth heute, "würde ich eine Gesamtausgabe herausbringen."

In Stuttgart-Sillenbuch ist im vergangenen Jahr die Treitschkestraße in Fritz-Bauer-Straße umbenannt worden. Heinrich von Treitschke gilt als ein Vordenker des Antisemitismus. Laut einer Umfrage hätten 80 Prozent der Anwohner lieber den alten Straßennamen behalten.

Buchtipp: Irmtrud Wojak: Fritz Bauer 1903 - 1968. Eine Biografie. Verlag C.H. Beck, München 2009. 640 Seiten, 34 Euro.